

Änderungsantrag

des Abgeordneten Burgmann und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985
hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft
— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2309, 10/2330 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Als Teil eines Entgiftungsprogramms werden in Kapitel 09 02 zusätzliche Mittel in Höhe von 1 530 000 000 DM für den Bereich „Umweltfreundliche Energieversorgung“ bereitgestellt.

1. In Kapitel 09 02 Titel 882 02 – Zuschüsse zum Bau von Kohleheizkraftwerken und zum Ausbau der Nah- und Fernwärmeversorgung – wird der Ansatz von 80 000 000 DM auf 400 000 000 DM erhöht.

In die Erläuterungen zu diesem Titel ist aufzunehmen:

„Die Programme werden über 1985 hinaus verlängert. Es wird eine Abnahmegarantie für deutsche Steinkohle gegeben. Die Anwendung der Wirbelschichtfeuerung oder vergleichbarer umweltverträglicher Verfahren wird gefördert.

Wärmeauskoppelung bei Müllheiz- und Atomkraftwerken ist von der Förderung ausgeschlossen.“

2. In Kapitel 09 02 Titelgruppe 03 Titel 531 31 – Allgemeine Aufklärung über die Möglichkeit einer rationellen und sparsamen Energieverwendung – wird der Ansatz von 10 000 000 DM auf 20 500 000 DM erhöht.

3. In Kapitel 09 02 Titelgruppe 03 Titel 683 31 – Förderung der beschleunigten Markteinführung energiesparender Technologien und Produkte – wird der Betrag von 1 500 000 DM auf 200 000 000 DM erhöht.

In die Erläuterungen zu diesem Titel ist aufzunehmen:

„Es wird ein neues Programm aufgelegt, das die Einführung energiesparender Technologien unterstützt. Besonders zu fördern ist die dezentrale Anwendung von Sonnenkollektoren, Solarzellen, Biogas- und Windanlagen.“

4. In Kapitel 09 02 Titelgruppe 03 wird folgender neuer Titel eingestellt:

„Titel 685 32 Förderung von Wärmedämm-Maßnahmen an
Altbauten 1 500 000 000 DM

Erläuterung:

Aus diesen Mitteln wird ein Programm aufgelegt für den nachträglichen Wärmeschutz von Gebäuden, die vor Inkrafttreten der Neufassung der Wärmeschutzverordnung vom 24. Februar 1984 gebaut wurden. Gefördert werden soll nach folgenden Kriterien:

- Berücksichtigung der neuesten Erkenntnis gesundheitsfreundlicher Wärmedämmung,
- Erreichung eines ausreichenden Dämmeffektes,
- besondere Förderung im sozialen Wohnungsbau unter der Bedingung, daß sich der Preis der Warmmiete nicht erhöhen darf.

Zu berücksichtigen sind insbesondere auch öffentliche Gebäude.“

Bonn, den 26. November 1984

Burgmann

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

In den vergangenen Jahren konnte der Energieverbrauch stark eingedämmt werden. Trotz des um 18 % gestiegenen Bruttosozialproduktes liegt das Niveau des Energieverbrauches heute auf dem des Jahres 1973 (Staatssekretär Grüner in seiner Rede im Deutschen Bundestag am 25. Oktober 1984).

Große Energiesparpotentiale sind nach Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN noch nicht ausgeschöpft.

Stagnierende, teilweise sinkende Preise für Primärenergie werden bei ausbleibenden staatlichen Anreizen zu einem Rückgang der Sparbemühungen führen.

Zu der gewünschten Substitution von Erdöl sind zusätzliche gewichtige Gründe für neue und verstärkte Anstrengungen zur Energieeinsparung bzw. zur umweltfreundlichen Energiegewinnung getreten.

- Das rasch voranschreitende Waldsterben, hohe Gebäudeschäden und Beeinträchtigung der Gesundheit machen eine drastische Verringerung der Luftverschmutzung erforderlich. Energieeinsparung und der Einsatz erneuerbarer Energiequellen können dazu einen entscheidenden Beitrag leisten.

Nach einer Studie des Fraunhofer Institutes, die im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellt wurde, könnte allein durch Wärmedämmung und die damit verbundene Brennstoffeinsparung der Schadstoffausstoß der Raumheizungen um rund 12 % sinken.

- Zahlreiche Arbeitssuchende könnten durch solche Maßnahmen sinnvolle, nutzbringende Arbeit finden.

Nach der oben zitierten Studie müßten bis 1995 jährlich ca. 70 000 bis 90 000 Arbeitsplätze neu eingerichtet werden, um dieses Einsparpotential im Bereich der Kraft-Wärmekoppelung und Wärmedämmung auszuschöpfen.

Ausgaben an dieser Stelle werden längerfristig zu Einsparungen im Sozialhaushalt führen.

- Nach Feststellung des Bundesforschungsministeriums sind die meisten Technologien in diesem Bereich zur Marktreife entwickelt. Nun gilt es, die Hemmschwelle im Bereich der Markteinführung durch Fördermaßnahmen des Staates zu überwinden, um längerfristig zu Einsparungen zu kommen.

Zur Finanzierung sei auf die zahlreichen Einsparungsvorschläge der GRÜNEN zum Haushaltsplan 1985 verwiesen.

